

Das Volkblatt
erschint für die halbe
naumtag. Der monatliche
Bezugspreis
beträgt 70 Pf. frei ins Haus.
Durch die Post für die halbe
70 Pf. aber vierteljährlich
2,10 ohne Postgebühr.

Die neue Welt
wöchentlich erscheinende
Unterhaltungs-Beilage
kostet monatlich 10 Pf.

Schriftleitung:
No. 42/44, Fernsprecher 988
Sprechstunde: nachtags
von 12-1 Uhr mittags.



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr
beträgt für die 40 mal breite
Zeile für die erste Woche
20 Pf., für die zweite Woche
15 Pf., für die dritte Woche
10 Pf., für die vierte Woche
7 Pf. (Postgebühr inbehalten)

Anzeigen
für die nächste Ausgabe sind
bis morgen 10 Uhr in den
Redaktions-Büro zu bringen
und bis zum nächsten Morgen
in der Redaktion anzufragen
(Größere Anzeigen möglichst
am Tage)

Hauptverleger:
No. 42/44, Fernsprecher 1047
Erlaubnis: No. 153 vom 20. 11. 1914
Verdacht: 7 März morgens
bis 7 Uhr morgens

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 5. März 1916. (W. T. S.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Gegen Abend setzte lebhaftes feindliches Feuer auf verschiedenen Stellen der Front ein, zwischen Maas und Mosel war die französische Artillerie dauernd sehr tätig und heftig beschäftigt. In der Gegend von Douaumont mit besonderer Heftigkeit. Infanteriekämpfe fanden nicht statt. Um unnötige Verluste zu vermeiden, räumten wir gestern bei der Gärerei Traubelle (nordöstlich von Abonville) den Franzosen am 28. Februar entzerrten Graben vor uns anfangend dagegen eingestemmt feindlichen Wasserfeuer.

Westlicher Kriegsschauplatz.
In der Gegend von Flunz konnte ein von den Russen im Anstich an Sprengungen beabsichtigter Angriff in unserem Feuer nicht zur Durchführung kommen. — Vorläufig feindlicher Erkundungsabteilungen aus an anderen Stellen wurden abgewiesen.

Großes Hauptquartier, 6. März 1916. (W. T. S.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Lebhafte Minenkämpfe nordöstlich von Vermeles. Die englische Infanterie, die dort mehrfach zu kleineren Angriffen ansetzte, wurde durch Feuer abgewiesen.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse.

Deutsche Marine-Luftschiffe über England.

Berlin, 3. März. (Amtlich.) Ein Teil unserer Marine-Luftschiffe hat in der Nacht vom 5. zum 6. März den Marinestützpunkt Hull am Humber und die dortigen Dolanlagen ausweidlich mit Bomben beschoßen; gute Wirkung beobachtet. Die Luftschiffe wurden heftig, aber ohne Erfolg beschossen. Sie sind sämtlich zurückgekehrt.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 5. März. Die Lage ist überall unverändert.
Aus dem französischen Heeresbericht.
Paris, 6. März. (W. T. S.) In dem amtlichen Kriegsberichte von gestern Abend heißt es u. a.: Nördlich von Soissons richteten wir ein sehr lebhaftes Feuer auf die feindlichen Werke. In den Argonnen beschoß unsere Artillerie feindliche Stellungen. Nördlich von Verdun sehr lebhaftes Bombardement, namentlich zwischen dem Gehölz von Courbromont und dem Fort Douaumont; doch hat der Feind seine Angriffe nicht wieder erneuert. Am Woerthe starke Beschichtung in der Gegend von Fresnes. Unsere Artillerie zeigte sich auf der ganzen Front sehr tätig.

Zwei Millionen russische Gefallene?

Stockholm, 5. März. Dagens Nyheter veröffentlicht einige Angaben über die russischen Verluste im Kriege bis Ende 1915. Das Blatt erhebt die Zahlen, die amtlich offiziell sind, aber nicht veröffentlicht werden, von einem durchreisenden Ausländer.

Die Gesamtsumme der Gefallenen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1915 betrug 1942610 Mann. Von den Offizieren sind seit Beginn des Krieges 125433 tot, darunter 277 Generale.

Das Vordringen der Russen im Kaukasus.

Nach den letzten russischen Heeresberichten sind die Russen nach der Eroberung Erzerums in den türkischen Gebieten des Kaukasus weiter vorgedrungen. Sie haben die in der Nähe des Westens gelegene Stadt Bitlis, die Hauptstadt des gleichnamigen türkisch-armenischen Bezirks, besetzt. Bitlis hat etwa 26000 Einwohner. — Eine ergänzende amtliche Meldung besagt weiter: Die russischen Truppen haben in dem Kampfe bei Bitlis die feindliche Stellung nachts während eines Schneesturmes angegriffen, ohne einen Schuß abzufeuern. Gegen 3 Uhr nachts wurde ein Bajonettsturm unternommen und die Türken nach erbittertem Widerstand geworfen. Die türkische Artilleriestellung wurde nach einem Abstamm genommen, in welchem die mit vergrößerter Mute kämpfenden Verteidiger der Stellung bis auf den letzten Mann getötet wurden. In der Stellung und bei der Besetzung nahmen wir 20 durchwegs verwendbare Stützpunktneuen Systems. Außerdem erbeuteten wir in der Stellung viele Patronen und Kartuschen sowie in Bitlis selbst ein großes Artilleriemunitionsdépôt. Im Laufe der Besetzung wurden die Türken niedergemacht. Die Zahl der Gefangenen liegt; die der gefangenen Offiziere allein beträgt diezig.

Verurteilung wegen Spionage. Das Reichsgericht verurteilt den russischen Gelehrten des russischen Konsulats in Königsberg, den russischen Staatsangehörigen Edwigen Espionage zu 12 Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ewerlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die Kämpfe vor Verdun

haben in der Hauptsache noch immer Panzerwerke und Dori Douaumont mit Witterpunkte. Alle Anstrengungen der Franzosen diese beiden wichtigsten Stellungen wieder in ihren Besitz zu bringen. haben ihnen wohl schwere Verluste eingebracht, aber zu keinem Erfolge geführt. Heide Wege werden von den deutschen Truppen gehalten. Ein Artillerieberichterstatter meldet, daß die Franzosen bei ihren Angriffen mit einer Wucht zurückgeworfen wurden, die ihnen die Zurücknahme ihrer sämtlichen Angriffspunkte nicht mehr gestattet. Groß sei die Anzahl der Gefallenen und Verwundeten. Die deutschen Einheiten können nur durch planmäßiges und zielbewusstes aufeinanderhelfen erweitert werden, und der Hauptangriff auf Verdun kann erst erfolgen, wenn dazu alle notwendigen artilleristischen Vorkehrungen getroffen sind, was immerhin einige Zeit bedinget. — Nach Berichten italienischer Zeitungen aus Paris ist die Zerstörung in der französischen Hauptstadt zurzeit wieder sehr getrübt.

Ueber die neuesten Kämpfe meldet man aus dem Hauptquartier der West. Itg.
Westlicher Kriegsschauplatz, 5. März. Trotz Schneegeheuer, Regen und Nebel, die in den letzten Tagen fast an der ganzen Westfront herrschten, fand das erregte Artilleriefeuer in Kaufschmitt östlich der Maas seine Fortleitung. Den feindlichen Batterien, die sich vergeblich mühen, in die neuen deutschen Stellungen vorzudringen, leisten unsere Geschütze die Antwort nicht schuldig. Auch über die Franzosen hin geht der donnernde Dialog, da die Artillerie der französischen Truppen am linken Maasufer sich gleichfalls einmischt. Nach wie vor ist das hauptsächlichste Zielobjekt des Geometers der jetzt im weiten Schnee leuchtende Köhnenriden von Douaumont bis Courbromont mit feindlichen und gefährlichen Stellungen. Auch gegen unsere neuen Positionen in und um das Fort Douaumont feuern die Franzosen. Der wütende Gegenangriff, den der Feind vorgetrieben gegen das Fort, führte zu Szenen, die an die erbitterten Kämpfe in Soissons während des vergangenen Sommers erinnern. Doch die Anstrengungen der Franzosen blieben erfolglos. Sie wurden zurückgeschlagen und es ist bei unserem Heeresstand geblieben, wie er sich nach unserem Bericht am 2. März gebildet hat. Der Feind, der außerordentliche Verluste erlitten hatte, unternahm dann auch gegen keine weiteren Infanterieangriffe. Doch sein Stützpunktfeuer setzt er fort, das die Unteren hindern soll. Die eroberten Geländestücke zur Verteidigung einzurichten. Mangeln greifbarer Ergebnisse finden die Franzosen fast in sämtlichen Heeresfronten der deutschen Verluste zu verzeichnen. Sie verzeichnen geradezu ungeheuerliche Zahlen und Darstellungen. Nun die großen Erfolge der letzten 14 Tage haben gewiß das Blut auch manches braven Deutschen geleitet, aber für die Phantasie fehlt glücklicherweise jede Grundlage. Die Art, wie der Vorstoß seit dem 21. Februar durchgeführt wurde, hatte vielmehr gerade dies zur Folge, daß nicht die Verfertigung von lebhaften Menschenmaterial eintrat, die die französische Herbstoffensive kennzeichnete.

Heimkehr und Beute der Möwe.

Berlin, 4. März. S. M. S. Möwe, Kommandant Korvettenkapitän Burggraf und Graf zu Dolna-Schlobien, ist heute nach mehrtägiger erfolgreicher Kreuzfahrt mit vier englischen Offizieren, neunundzwanzig englischen Seefahrern und Matrosen, hundertsechszig Köpfen feindlicher Kampferbelegungen, darunter hundertrei Anderen — als Gefangenen sowie einer Million Mark in Soldatens in einem heimischen Hafen eingelaufen.

Das Schiff hat folgende englischen Dampfer ausgebracht und zum größten Teil versenkt, von kleineren als Beute nach neutralen Häfen gefandt: Corbridge, 3657 Brutto-Registertonnen. — Author, 3496 Brutto-Registertonnen. — Traber, 3698 Brutto-Registertonnen. — Striabe, 3035 Brutto-Registertonnen. — Dromonah, 2627 Brutto-Registertonnen. — Farrington, 3146 Brutto-Registertonnen. — Clan Macnab, 5516 Brutto-Registertonnen. — Appan, 7781 Brutto-Registertonnen. — Westburn, 3300 Brutto-Registertonnen. — Sorace, 3335 Brutto-Registertonnen. — Niannaco, 4629 Brutto-Registertonnen. — Edburgh (Schiff), 1473 Brutto-Registertonnen. — Saxon Prince, 3471 Brutto-Registertonnen. — Razoni, 3109 Brutto-Registertonnen, belgisch. — Luxemburg, 4322 Brutto-Registertonnen, belgisch.

S. M. S. Möwe hat ferner an mehreren Stellen der feindlichen Küste Minen gelegt, denen u. a. das englische Schlachtschiff Edward VII. zum Opfer gefallen ist.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zurchbare Verdrängungskraft der neuen deutschen U-Boote.
Genf, 5. März. Aus Paris wird gemeldet: Durch die amtlichen Unterredungen über die Besetzung des Mittelmeeres Proben wurde festgestellt, daß das Schiff von einem der neuen U-Boote in 6 Stunden in 1000 Metern in der Tiefe wurde. Die Schwachheit mit der Proben, die durch die Geflossen des auf sie abgeworfenen Geschosses vollständig zerstört wurde, versetzt, läßt darauf schließen, daß die Verdrängungsmittel der neuen deutschen Unterboote ganz zurchbar sind.

Neue Verletzung. London, 4. März. Louds meldet: Der englische Dampfer Teutonia (4824 Gr. T.) ist versenkt worden, die Besatzung ist gerettet.

Verluste der russischen Flotte. Putarech, 5. März. Abesverl schreibt im Zusammenhang mit der Zerstörung der Unterseeboote S. Swarzen Meer: Die russische Flotte erlitt bedeutende Verluste. Die Zerstörung verleiht die Verfertigung aller Schiffverluste. Die zunehmende Hemmung des Verkehrs

droht die Verproviantierung der besatzbaren Truppen zu gefährden.

Spannung mit Amerika.

Beforgnisse.
In Amerika spielen sich bedeutsame Kämpfe in den Negativsfragen ab, die die einzunehmende Haltung gegen Deutschland von Gegenstände haben. Präsident Wilson ist für scharfe Maßnahmen in der Anerkennung des deutschen Vorgehens, daß von jetzt an bewaffnete Handelschiffe als Kriegsschiffe betrachtet und von den deutschen Unterseebooten ohne Warnung und ohne die Befragung der Neutralitätsmöglichkeit für die Besatzungen und Passagiere verurteilt werden sollen. Senator Gore hat jedoch im Senat einen Antrag eingebracht, der von der Regierung verlangt, es solle die Anerkennung amtlich bevor zu kommen, auf den ersten britischen Handelschiffen zu reifen. Der Senat hat jedoch mit 68 gegen 14 Stimmen beschlossen, die Beratung des Antrages Gores auf unbestimmte Zeit zu vertagen, ein Auzweig, der anscheinend ein Sieg Wilsons ist. Von mehreren Seiten ist ausgeprochen und gedroht worden, daß im Falle des Unkommens eines amerikanischen Würgers durch Verletzung eines bewaffneten Handels- und Passagierdampfers Amerika dann nicht mehr zu halten ist und in offenen Konflikt mit Deutschland käme. Die trübselige Stimmung gegen Deutschland scheint neuerdings einen bedrohlich hohen Grad erreicht zu haben.
Alle verantwortlichen Stellen jenseits und auch diesseits des Ozeans haben die Weiterentwicklung des gegenseitigen Verständnisses in ersterer und fertiger Weise zu beachten, nichts zu überhätigen, alles besonnen zu erörtern und jede eventuelle Handlung von dem Gesichtspunkt zu prüfen, das ein offener Gewaltkonflikt zwischen beiden Mächten unbedingt zu vermeiden wird. Wir hoffen, daß wir deutlich genug geworden sind.

Was ein Krieg mit Amerika für uns in der gegenwärtigen Situation bedeuten würde, ist zunächst gar nicht auszuwerten. Amerikas Hintzutritt zum Viererbund würde den Krieg auf Jahre hinaus in die Länge ziehen, denn alle generischeren Länder: England, Frankreich, Rußland und schließlich auch Italien würden neue Hoffnung schöpfen und würden getrieben werden. Würde in Amerika die Kriegshurde aus, so würden zunächst ungeheürliche Milliarden in alle Viererbundländer strömen, um den Sieg gegen Deutschland zu finanzieren. Die Amerikanisierung würde begründet werden. Die Anstrengungen Amerikas würden ebenfalls gewollt sein und die Hunderte deutscher Handelschiffe in amerikanischen Häfen wären verloren. Schließlich könnte oder würde Amerika auch mit Ausbildung einer Landmacht beginnen, die nach Monaten immerhin die Weihen der Gegner stärken könnte usw. usw. Kurzum: ein bewaffnetes Eingreifen Amerikas in den Krieg gegen uns wäre zunächst der Zerstörer aller Friedenshoffnungen auf weitere viele Monate hinaus. Diplomatie und Seerriegeführung muß alles tun, um den Ausbruch eines solchen Konfliktes zu verhindern.

Die Bewaffung feindlicher Handelschiffe.

Die englische Admiralität veröffentlicht die Anweisungen für die britischen Handelschiffe, die zur Verteidigung bewaffnet sind. Diese Anweisungen sind datiert vom 20. Oktober 1915 und gehen dahin, daß die Bewaffung angebracht sei, um sich gegen Durchsuchungen zur Wehr setzen zu können. Die englische Admiralität behauptet, daß eine solche Bewaffung auch in deutschen Vriensgegenden vorhanden ist. Die englischen Schiffe müßten, da sie das Feuer eröffnen, die britische Flagge hissen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß feindliche U-Boote jenseits Handelschiffe ohne vorherige Warnung angegriffen haben. Es sei deshalb wichtig, daß diesen Fahrzeuhen und den Krümmungen nicht gestattet wird sich bis zu einem Abstand zu nähern, von dem aus ohne Warnung und mit voll unbedingter Sicherheit des Erfolges ein Torpedolanzier oder eine Bombe geworfen werden kann. Die Unterboote Englands und seiner Bundesgenossen hätten den Befehl erhalten, sich gegen Handelschiffe zu nähern. Deshalb könne man annehmen, daß jeder U-Boot und jede Flugmaschine, die absichtlich auf Handelschiffe zufahren, dies in feindlicher Absicht tun. In solchen Fällen könne das Handelschiff das Feuer zur Selbstverteidigung eröffnen.

Von aufwändiger deutscher Seite wurde erklärt, daß die britische Admiralität sich nicht umdrehen dürfe, wenn man vorläufige Annahme, daß diese ebenfalls von 20. Oktober stammenden neuen Anweisungen erst jetzt angefertigt seien. Es sei unmaß, daß die Anlage zur deutschen Reihenordnung vom Juni 1914 dem Handelschiff ein Widerstandsrecht gegeben. Diese Anweisungen sind datiert vom 20. Oktober 1915 und betreffen feindliche Kaufkraftschiffe bewaffneten Widerstand gegen präventive Maßnahmen, so ist dieser mit allen Mitteln zu brechen. Wenn man weiter bestimmt wird, daß die Bewaffung als Kriegsgegenstände zu behandeln ist, so ist dies lediglich aus Willkürgründen getrieben, um die Bewaffung nicht selbst zu lassen für das Befolgen der völkerrechtswidrigen Anweisungen ihrer Vorgesetzten. Die Frage, wie ein Kaufkraftschiff zu behandeln ist, das gegen Kriegsschiffe angreift, wird von seinen Waffen Gebrauch macht, ist in dem Befehl überhaupt nicht berührt; Handelschiffe gegenüber werde solches Vorgehen ausdrücklich als Verbrechen bezeichnet. Die neuen Anweisungen enthalten nun ebenfalls den Befehl, vom Angriff auf jeden in Sicht kommende U-Boot. Der Verlust, diesen beschließen Angriff zu einer Verteidigungsmaßnahme zu stellen, ist mehr wie dürftig. Wie beträgt sich übrigens dieser Befehl mit der feindlichen Zulassung der englischen

Regierung in Washington, wonach britische Handelschiffe niemals freigegeben werden, wenn nicht zuvor auf sie gesichert worden ist? Ausdrücklich ist schließlich noch festzustellen, daß die britische Admiralität lebhaft auf Grund der von uns ausgetheilten allgemeinen Beurteilung, daß jedes in Sicht kommende Handelschiff dem Befehl zum sofortigen Angriff gegeben hat. In seiner Weise konnte die Schiffsführung des deutschen Verkehrs besser bestimmt werden, noch gelang es, die Handelschiffe besser zu benutzten englischen Kaufschiffe den amtlichen Aufstellungen haben, die deutschen Unterseeboote: trall, wo sie über die Küste entlang zu verlaufen, also richtigerweise gegen die Krieg zu führen."

Eine Friedensrede in der Duma.

Genosse Tschaidi, der im Gegensatz zu anderen russischen Sozialisten von Anfang an den Krieg als heftigste Befehle, hat in der Duma wieder eine Rede für den Frieden gehalten. Die Zensur unterdrückte zunächst die Rede, mußte sie aber dann freigeben. Dem Verl. Tagel. wird über die Ausführungen Tschaidies aus St. Petersburg telegraphiert:

Die Folgen der Revolution in dieser antimperialistischen Rede, die natürlich gleich von allen liberalen Setzungen abgedruckt wurde, lassen sich freilich nicht übersehen. Man denke nur an den russischen Soldaten, der folgende Stellen aus Tschaidies Rede liest:

"Was erreichen wir während dieser 18 Monate langen Kriess? Und was sind unsere Abzweigungen? Wir sind mit uns den Lösungsworten, die bei Kriegesbeginn ausgesprochen wurden. Aber die Lösungsworte klangen damals anders als heute. Und während dieses 18 Monate dauernden lächerlichen Abdrucks wurden schamlos Lügen und Verleumdungen verbreitet, wie sie die Geschichte früher nicht kannte. Lügen wurden aus jeder Ecke geschrien, die während Jahrzehnte kultiviert worden waren. Nun hat man uns zum Trotz der Krieg fast nicht beendet, er beginnt eigentlich erst jetzt. Aber hat sich nicht der Krieg bereits für den Gegner nützlich erwiesen? Belgien, Serbien, Montenegro und Polen sind vertrieben, noch schlimmer geht es den Galliern und Polakern. Während deren Schicksal seit Jahrhunderten mit denen des zivilisierten Volkes verknüpft ist, ist es nun einfach von der Erdoberfläche verschwinden. Griechenlan, Rumänien, Serbien sieht ein ähnliches Schicksal bevor! Wo sind unsere großen Ideale geblieben! Die einst für die Abrüstung eintreten, sie stehen heute auf Marcos Standpunkt. Inhaft des internationalen Sozialismus ist die größte Gefahr für den zivilisierten Völkern. Die Sozialisten sind nicht weniger als die Völkerverhetzer mit ihnen. Inhaft daß die Parole der Alliierten die Eintracht aller Massen im Namen der nationalen Freiheit ist, existiert faktisch nur die Militarisierung der Arbeitkräfte, die von den Kapitalisten unter dem Mantel patriotischer Behauptung angesetzt werden. Anarchismus, Sozialismus und Militarismus ist das Kriegsziel der Alliierten. Wir stehen auf dem Standpunkt des Zimmerwalds Beschlusses, der Kampf gegen den Krieg, für den Frieden ohne Annexions- und ohne Entschädigungen ist unsere Lösung. Dazu erklärt er sich für die Sozialisten, die Sozialisten und die Sozialisten und der Minorität der französischen Sozialisten und greift die russischen Sozialisten an, die für die Fortsetzung des Krieges stimmten und der russischen Regierung ein Vertrauensvotum ausdrücken. Die Dumafraktion ist durch Wutbewegungen mit jenen Elementen der Sozialisten vereinigt, die den Krieg als einen der schlimmsten des 17. Jahrhunderts erwarteten, wofür die Rede Schicksalshelms auf dem Monarchistengesetz typisch ist. Wir leben im reichsten Lande Europas, aber wir leiden an Kohlen, Holz, Brot, und Kleider. Wir stehen vor der furchtbaren Katastrophe einer Verminderung der Lebenshaltung und einem Aussterben der Bevölkerung. In diesem kritischen Momente die größte Demoralisation des Transports. Wir sind ohne Eisenbahnen, ohne Fabriken, ohne Leichter und ohne Spezialisten, und als Entschädigung dafür haben wir eine geradezu Maßstab-Anarchie und heftige Verwahrlosung. Die Regierung mobilisiert die Industrie, und diese mobilisiert sich, um den Krieg zu führen. Die Arbeiter (Allgemeiner Beifall, sogar der Rechten, aus Stimmern) haben höflich, die Regierung wünschte die Verbesserung der Arbeiterlage. Man spricht jetzt viel darüber. Tatsächlich fand auf Befehl der Regierung nur jene unergiebige Wassenerzeugung des Proletariats in Zula und Dvornikowitsch statt, und außerdem ist die Produktion eines Eisenwerks zu erfinden, der das Schmelzwerk auf der Grundfläche der Eisenwerke, der Unmöglichkeit, der Welt, nicht und nach den Richtlinien einer seitgemachten wissenschaftlichen Basis regeln soll. Dieser Antrag wurde vom Genossen Wolf Soffmann begründet, der darauf hinwies, daß ein solcher Antrag keineswegs im Widerspruch mit der Forderung eines Nationalen Liberalen und auch die Reformen (sich selbst) erklären sich gegen die Einheitschule. Der eine mit der Begründung, daß die Frage „noch nicht genügend geklärt“, der andere, daß „ein Bedürfnis“ hierfür vorliege. Der dritte meinte, es müßte eine erste, erschöpfende Debatte darüber stattfinden, um zu sehen, ob die Arbeiter in der Tat unzufrieden wären, schon genügend Kinder der armenen Bevölkerung zu lassen. Da v. Reubitz erklärte, hervorragend bezahlte Kinder aus milderbetimmten Familien werden auf alle Fälle auch zur Universität Platz finden. Genosse Soffmann trat den Gegnern des sozialdemokratischen Antrags noch einmal heftig entgegen, indem er betonte, daß wir verlangen müssen, daß jedem Kind ohne Unterschied des Standes und ohne Rücksicht auf den Geldbeutel bei vorhandener Fähigkeit die Möglichkeit geboten werden muß, höhere Schulen besuchen zu können. Es entspann sich zum Schluß eine lebhafte Debatte über die Befragung der Disidentenfinder.

Politische Ueberfrucht.

Für die Einheitschule.

In der Dauhaaltskommission des preussischen Abgeordnetenhaus wurde von sozialdemokratischer Seite ein Antrag gestellt, die Regierung um Besetzung eines Gremiums zu ersuchen, der das Schmelzwerk auf der Grundfläche der Eisenwerke, der Unmöglichkeit, der Welt, nicht und nach den Richtlinien einer seitgemachten wissenschaftlichen Basis regeln soll. Dieser Antrag wurde vom Genossen Wolf Soffmann begründet, der darauf hinwies, daß ein solcher Antrag keineswegs im Widerspruch mit der Forderung eines Nationalen Liberalen und auch die Reformen (sich selbst) erklären sich gegen die Einheitschule. Der eine mit der Begründung, daß die Frage „noch nicht genügend geklärt“, der andere, daß „ein Bedürfnis“ hierfür vorliege. Der dritte meinte, es müßte eine erste, erschöpfende Debatte darüber stattfinden, um zu sehen, ob die Arbeiter in der Tat unzufrieden wären, schon genügend Kinder der armenen Bevölkerung zu lassen. Da v. Reubitz erklärte, hervorragend bezahlte Kinder aus milderbetimmten Familien werden auf alle Fälle auch zur Universität Platz finden. Genosse Soffmann trat den Gegnern des sozialdemokratischen Antrags noch einmal heftig entgegen, indem er betonte, daß wir verlangen müssen, daß jedem Kind ohne Unterschied des Standes und ohne Rücksicht auf den Geldbeutel bei vorhandener Fähigkeit die Möglichkeit geboten werden muß, höhere Schulen besuchen zu können. Es entspann sich zum Schluß eine lebhafte Debatte über die Befragung der Disidentenfinder.

Mißlungene Aktion gegen Liebknecht.

Vor einigen Wochen hat der Zeiter der Deutschen Juristenzeitung die Anregung gegeben, den Genossen V. N. nicht aus dem Reichsanwaltschaftsamt auszuschließen. Diese Anregung ist sofort von den betreffenden Stellen erledigt worden. In der neuesten Nummer der Deutschen Juristenzeitung wird auch der Reichsanwalt beim Reichsgericht, S. aber gegen diese Anregung auf. Er teilt mit, daß ihn zahlreiche Juristen der Reichsanwaltschaft über den Fall unterrichten, die sich aber übereinstimmend gegen die Auflösung der Deutschen Juristenzeitung wenden. Er legt dann auseinander, daß

ein Rechtsanwalt genau so wenig wie jeder andere Staatsbürger daran gehindert werden dürfe, innerhalb der gesetzlichen Schranken seine politische Überzeugung zu betätigen. Rechtsanwaltschaft Daber führt aus:

Die verheißene Wiedergeburt der politischen Tätigkeit beweist nicht einen Mangel an Ehrenhaftigkeit, und es ist nicht ersichtlich, auch in dem Artikel nicht behauptet, daß für die Handlungsweise S. ein anderer Grund maßgebend gewesen sei als die Überzeugung von der Wichtigkeit seiner Aufstellung und von ihrer Pflicht für das Staatswohl. Politische Fragen und das Prinzip der Ehrelichkeit sind nicht zu verwechseln zu bringen. Die Erfahrung, die man seit langen Jahren mit politischen Prozessen gemacht hat, ermutigen nicht dazu, ohne hinreichenden Grund ihre Zahl zu vermehren. Das deutsche Volk wird die Sonderbetreibungen S. und seiner Anhänger auch ohne ein Einschreiten der Gerichte zu überleben wissen."

Staatsunterstützung für sozialdemokratische Jugendvereine.

Der sächsische Kultusminister erklärte am Mittwoch in der zweiten Kammer, künftig würden auch sozialdemokratische Jugendvereine eine Staatsunterstützung zur Erleichterung der Jugend erhalten.

Kleine politische Nachrichten.

Freiwillige Selbstbeschränkung. Von parlamentarischer Seite werden in der Volkstagsung darüber angesetzt, daß die Regierung des Staats im preussischen Abgeordnetenhaus noch sehr im Hinblick ist. Angetrieben dieser Sachlage hat die freiconservative Fraktion beschließen, zu den einzelnen Vorschlägen nur Fragen zu beantworten, die für den Staatshaushaltplan oder die Staatsverwaltung des Haushaltes selbst von unmittelbarer praktischer Bedeutung sind, um sich von anderen Erörterungen freizubehalten, auch sich in der Jurisdiktion gegenüber den Reichsgerichten die äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen. Dies steht fest zu sein, als ob den Freiwilligen selbst werden ausgeüben sind über die Art, wie er Führer, Reichert v. Jellitz, seine Gegner im Parlament zu belästigen pflegt.

Drohender Steuer-Wirrwarr.

Es zeigt sich in der gegenwärtigen kritischen Zeit ganz besonders, wie berechtigt und notwendig die Forderung der Sozialdemokratie vor und geblieben ist, daß die neuen Steuern im gesamten Deutschen Reich von Reichs wegen geregelt werden. Wir haben jetzt nicht nur die Aussicht, neue Reichsteuern zu bekommen, sondern wir will täglich erfahren, in steigendem Maße die Aussicht neue Landes- und Kommunalesteuern zu erhalten und dadurch mit naturgemäß in einem Steuereingehung und ihrer Durchführung, ein Steuerwarr war entstehen, der die größten Gefahren in sich birgt, weil er die größte Verwirrung in die Bevölkerung trägt. Das alte Wort, daß keiner Steuern zahle, steigert sich in seiner Wahrheit, wenn von allen möglichen und unmöglichen Seiten Steuern angefordert werden. Es ist deshalb gerade gegenwärtig dringend notwendig, auf diese alte sozialdemokratische Forderung der einheitlich in einander gestellten Gesetzgebung für das ganze Reich zurückzukehren.

In den letzten Tagen sind nicht nur erneut die Steuerproposale des Reiches und des größten deutschen Bundesstaates, Preussens, diskutiert worden, sondern es sind auch aus anderen kleinen Bundesstaaten und Städten Steuerproposale bekannt geworden, die im Verhältnis zur Gesetzgebung des Reiches die allergrößten Bedenken hervorrufen. Wir erinnern an die Steuerproposale, die soden in Lippe-Deimold dem Landtage vorgegangen sind und an die Steuerproposale in anderen kleinen Bundesstaaten, die wir kürzlich in der sozialdemokratischen Zeitung vor der Zeit gesehen. In Lippe-Deimold ist eine sogenannte Redigierkommission zur Vorlage gekommen, die alle unvertehrten Frauen und Männer, die eine bestimmte Altersgrenze überschritten haben, auch kinderlose Eheleute, verwitwete und geschiedene Personen erfassen und schon bei einem Einkommen von 900 Mark einsehen soll. Ebenso werden in Lippe-Deimold Zulufälle zur Einkommen- und Ergänzungsteuer vorgeschlagen. Es zeigt sich in diesem Musterbeispiel, wie groß die Gefahren des Steuerwirrwarrs werden, die uns schon jetzt bedrohen. Wenn erst jeder Bundesstaat in dieser Zeit vorgeht, so werden nicht nur in jedem einzelnen Bundesstaate im Verhältnis zum Reich die Gegenläufe und Widersprüche in der Steuererhebung immer größere, sondern es tritt sich auch die Schwierigkeiten, eine einheitliche Reichsteuererhebung für eine kommende Zeit systematisch und einheitlich durchzuführen, denn in neuen Steuern die einzelnen Bundesstaaten, die besser noch möchte ihr partikulärstaatlicher Eigenknecht, diese ihre besonderen Steuern zu behalten und auszubauen, und jeder Eingriff der Reichsregierung in diesen Bundesstaatlichen Wirrwarr wird als ein Eingriff in die „Selbständigkeit" und in die „einzelstaatlichen hoheitliche" selbst angesehen. Damit bekommen wir eine reaktionäre Entwicklung zugunsten des Partikularismus, die gerade in diesen Kriegsjahren nicht nur eine soziale, sondern auch eine nationale Gefahr in sich trägt. Es heißt daher die nationale Einheit gefährden, wenn die Bundesstaatliche Steuererhebung sich steigert und die einheitliche Regelung durch das Reich immer schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich gemacht wird. Daher sollte man auch aus diesen Gründen von Reichs wegen energisch gegen den drohenden Steuerwirrwarr eingreifen und bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform aus Anlaß der neuen Kriegsteuern radikalst vorgehen. Es ist nur nach abzusehen, welche sozialen und politischen Gefahren entstehen können, wenn die einzelnen Staaten und Städte forscharhen, ohne Rücksicht auf das Reich ihr Steuerwesen auszubauen und einer reichsgesetzlichen Regelung des gesamten neuen Steuerwesens damit Furcht und Tor zu verarmen.

Gewerkschaftliches.

Die Wehrloshaltungsnahme und die kaufmännischen Angestellten. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern am 18. Februar gefordert, daß auch für die durch die Beschlagnahme der Wehr, Wehr- und Stridman teilweise oder gänzlich erwerbslos werden Angestellten, die eine unbedingte Beschäftigung nicht finden können, eine ausreichende Unterbringung unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Einkommens- und Vermögensverhältnisse festgesetzt wird. Auf diese Eingabe hat der Staatssekretär des Innern unter dem 2. März erwidert:

„Die für die Angestellten und Arbeiter der Textilindustrie sowie der bereitgestellten Weibchen sollen auch zugunsten der Gewerkschaften eine entsprechende Unterbringung von Arbeitern, welche in den Wehr-, Wehr- und Stridstoffe verarbeitenden Betrieben, insbesondere im Konfektionsgewerbe, infolge eintretender Arbeitsbeschränkung erwerbslos werden, den Gemeinden zugunlich gemacht werden. Entsprechende Bestimmungen des Bundesrates werden vorzuziehen."

Es bleibt nunmehr abzuwarten, wie diese Bestimmungen ausfallen werden. Selbstverständlich ist eine einheitliche Regelung für das ganze Reich, damit sich nicht auch hier Zustände herausbilden können, wie sie bei der Unterbringung der Textilarbeiter bestehen. Wir haben da ja leider die Gefahr zu vermeiden, daß wohl einzelne Bundesstaaten eine einheitliche Regelung der Unterbringung getroffen haben, andere Bundesstaaten dagegen darunter ausbleiben lassen sich auch nicht aufzuklären können. Es muß auch erwartet werden, daß sich die neuen Bestimmungen nicht auf die Angestellten und Arbeiter der Fabrikations- und Großhandelsbetriebe beschränken, sondern daß sie auch die Angestellten der zahlreichen Verkaufsgeschäfte der betroffenen Branchen berücksichtigen.

Zu den Tarifverhandlungen im Baugeber.

nach in Königberg eine Konferenz des deutschen Bauarbeiterverbandes hat den Bezirk Opreußen in Stellung. Es wurde der Beschluß gefaßt, Lohnverhandlungen von März bis Juni zu führen. Im Wiederangebotgebot wird die höhere Löhne zum größten Teil bereits gezahlt, es gele nur, sie tariflich festzulegen.

Ums tägliche Brot.

„Die maßlose Verteuerung der Kartoffeln." Aus den bekannten Gründen heraus waren wir verbunden, in der letzten Nummer in ausreichender Weise die Kartoffelverbreiterung zu kritisieren. Wir müssen uns also begnügen, Befriedigungen aus Mittern an anderen Orten wiederzugeben, wo diese Hindernisse der freien Ausdrucks nicht so stark sind. Hier zunächst eine Aeußerung der Chemnitzer Zeitung vom 1. März, die auch in bezug auf die Kartoffelverbreiterung nicht von uns herabfällt, sondern aus der Chemnitzer Volkstimme nachdrücklich ist. Unser Chemnitzer Parteiblat, das bekanntlich mit aller Kraft für das Durchhalten der Kriegspolitik eintritt, schreibt:

„Während unangenehm aber ist die weitere Erhöhung des Kartoffelhöchpreises auf 4.50 Mark für den Zentner. Eine jede Notwendigkeit ist also die Regierung in meinen Worten von 2.75 Mark auf 4.50 Mark hinaufgesetzt. Dabei hat selbst die berufene Verteuerung der sächsischen Landwirtschaft erklärt, daß der Höchpreis von 2.75 Mark vollkommen ausreichend und für die Landwirtschaft durchaus annehmbar sei. Unter diesen Umständen ist uns die maßlose Verteuerung der Kartoffeln, die lediglich sehr wenigen ökonomischen Großgrundbesitzern zugute kommt, vollständig unbegreiflich. Hat denn der Bundesrat gar keine Ahnung, wie bitter schwer es breiten Volksschichten wird, sich jetzt auch nur noch die allergeringsten Mengen an Kartoffeln anzuschaffen. Und dies alles geschieht, weil die Regierung den Preis für den Bundesrat und den englischen Auszubehringenden festsetzen zu machen. Der Reichstag, der zusammenzutreten soll, werde an dem Tage, an dem diese neue Kartoffelverbreiterung in Kraft tritt, wird die Regierung zwingen müssen, die neue Verteuerung des jetzt wichtigsten Lebensmittels, die in der amtlichen Ausdeutung auch nicht mit einer Silbe bestritten wird, rückgängig zu machen. Bei einem so weiten Entgegenkommen an die Wünsche der Agrarier und bei einem so vollkommenen Verkennen der wirklichen Volkseinkommen der Glaube an den guten Willen der Regierung schwinden. Die Gemeinden haben zwar das Recht zu haben, die Höchstpreise nach eigenem Ermessen für den Kleinhandel festzusetzen, aber natürlich wird es auch ihnen für die Dauer unmöglich sein, mit 4.50 Mark einzukaufen und mit 4 Mark zu verkaufen. Die Regierung geht in der Lebensmittelfrage sehr gefährlich Wege."

Die Zentralisierung der Einfuhr.

In den letzten Tagen hat der Bundesrat einige Verordnungen erlassen, die weniger in das innere wirtschaftliche Leben beizugreifen, als seine Voraussetzungen hinsichtlich der Einfuhr aus dem neutralen Ausland regeln sollen. Nach diesen Verordnungen wird die Einfuhr von Salz und ähnlichen Erzeugnissen, sowie die Einfuhr aller Getreidearten, vollkommene Zentralisierung an der Hand gebracht werden können, freiwirtschaftliche Gesellschaften angegeschlossen. Diese Gesellschaften stehen unter staatlicher Aufsicht, sind im wesentlichen mit staatlichem Kapital ausgerüstet und verfolgen keine Profitinteressen. Ihre Uebersehrie werden bestimmten Reichsständen oder wahligen Kreisen der Allgemeinheit überlassen. Der Bund über die Gründung ist aber nicht etwa die Allgemeinheit, sondern die Wohlthätigkeit zu unterliegen; sie sind auch nicht gegründet, um den inneren Markt direkt zu entlasten und die hier in Frage kommenden Lebensmittel im Inneren des Landes zu sichern oder ihren Bezug zu erleichtern. Worum es sich ausschließlich bei diesen Gesellschaften für die Zentralisierung der Einfuhr handelt, das ist die Einfuhr aus dem neutralen Ausland auf den Märkten der neutralen Ausländer durch deutsche Einfuhr- und Händler zu verhindern. Diesem Lebensfeld sollen die neuen Verordnungen zu Leibe gehen, indem sie die ganze Einfuhr und damit auch den ganzen Einkauf im Auslande unter eine einheitliche Regie bringen. Es ist klar, daß diese neue Einfuhr handlung nicht durch den Bund, sondern durch privater Zentralinteressen an der Hand gebracht werden kann, sondern nur durch diese bestimmten Zentralgesellschaften, die die Waren nur zu einem bestimmten Preis annehmen, daß die Konkurrenz und das Ueberbieten auf dem Auslandsmarkt eine Grenze erhalten. Denn es wird sich niemand mehr finden, der den anderen überbieten wird, wenn er weiß, daß die Zentralgesellschaften, an die er seine Einfuhr zum Zwecke abgeben muß, ihm nicht mehr zahlen als den bestimmten Preis. Neben diesen allgemein wirtschaftlichen Interessen spielt bei der Organisation der Einfuhr zweifellos auch die Regelung der Wälua eine große Rolle, um auch hierdurch zu verhindern, daß die deutsche Währung auf den Auslandsmärkten weiter sinkt.

Die Einfuhr von Delen, Fetten, Schmalz, Getreide.

Berlin, 4. März. Amtlich. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung beschlossen, daß pflanzliche und tierische Öle und Fettstoffe mit Ausnahme von Butter, Margarine und Sollaun, unter der Bedingung, daß der Einfuhr aus dem Ausland, an den Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Öle und Fettstoffe, m. b. H. in Berlin zu liefern sind, ferner, daß das aus dem Ausland eingeführte Schmalz (Schweinefett) nur durch die Zentraleinfuhrgesellschaft m. b. H. in Berlin in den Verkehr gebracht werden darf. Der Bundesrat hat außerdem beschlossen, daß § 1 Abs. 1 der Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Getreide, Süßspeisen, Mehl und Futtermitteln vom 11. September 1915 (Reichsgesetzblatt S. 760) folgenden Wortlaut erhält: Nogen, Weizen, Weizen, Gerste, Hafer, Mais, Hirsen, Roggen, alle Getreidearten und Hülsenfrüchte der vorgenannten Erzeugnisse, welche durch Vermittel der Einfuhr- oder Einfuhr-Gesellschaften, allein oder in Mischungen — auch mit anderen Erzeugnissen — sowie Salz, sind, soweit sie aus dem Ausland eingeführt werden, an die Zentraleinfuhrgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern.

Wehr auch gegen Unterpreiserhöhung.

Der offizielle Nachrichten dienst für Ernährungszwecke schreibt: „Aus Kreisen der Verbraucher kommen in letzter Zeit die Klagen, daß der Zucker teurer geworden ist und

